**Vierte Umfrage der EIB zum Klimawandel**

LUXEMBURG, 27. Oktober 2021

**Österreich: 64 Prozent befürworten in der Klimakrise strengere staatliche Maßnahmen, die Verhaltensänderungen erzwingen**

*Der erste Teil der EIB-Klimaumfrage 2021–2022 untersucht, wie die Menschen in einer sich rasch verändernden Welt zum Klimawandel stehen. Die Ergebnisse beleuchten, wie die Bevölkerung den Klimawandel wahrnimmt und welche Maßnahmen sie von ihrem Land erwartet.*

* **73 Prozent der Befragten in Österreich halten den Klimawandel und seine Folgen für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert**
* **66 Prozent glauben, dass sie sich mehr Sorgen um den Klimanotstand machen als ihre Regierung**
* **70 Prozent finden, dass sich der Klimawandel auf ihren Alltag auswirkt**
* **67 Prozent der Befragten glauben nicht, dass es Österreich gelingt, seine CO2-Emissionen bis 2050 drastisch und Paris-konform zu senken**
* **64 Prozent befürworten strengere staatliche Maßnahmen, die Verhaltensänderungen erzwingen (7 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr)**
* **66 Prozent sind für eine Steuer auf Produkte und Dienstleistungen, die am stärksten zur Erderwärmung beitragen**
* **83 Prozent wollen in Zusammenarbeit mit Nachbarländern Kurzstreckenflüge durch umweltfreundliche Schnellzugverbindungen ersetzen**

73 Prozent der Menschen in Österreich halten den Klimawandel und seine Folgen für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert.

Doch der Konsens trügt. Denn je nach Bevölkerungsgruppe gibt es erhebliche Unterschiede. Wie groß die Klimabedenken sind und welche konkreten Erwartungen die Menschen haben, variiert zwischen Jung und Alt, Rechts und Links, Mann und Frau sowie abhängig von der sozioökonomischen Gruppenzugehörigkeit.

Je nach politischer Anschauung gibt es deutliche Unterschiede: 86 Prozent der eher linksorientierten Befragten sehen im Klimawandel die größte Herausforderung für die Menschheit im 21. Jahrhundert, bei den eher rechtsorientierten sind es 61 Prozent. Nach Alter betrachtet, stimmen 80 Prozent der 15- bis 29-Jährigen der Aussage zu, bei den über 65-Jährigen nur 72 Prozent (8 Prozentpunkte weniger).

*Dies sind einige Resultate der ersten Ergebnisreihe der Klimaumfrage 2021–2022, die die Europäische Investitionsbank (EIB) heute veröffentlicht. Die EIB ist die Einrichtung der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen und der weltweit größte multilaterale Geldgeber für Klimaschutzprojekte.*

**Wahrnehmung der Klimakrise/Klimaschutzmaßnahmen des Landes**

Die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung (70 Prozent) ist der Meinung, dass sich der Klimawandel auf ihren Alltag auswirkt (7 Prozentpunkte weniger als der europäische Durchschnitt von 77 Prozent).

Dieser Ansicht sind vor allem die 15- bis 29-Jährigen (76 Prozent). Bei den über 64-Jährigen sind es 7 Prozentpunkte weniger (69 Prozent). 83 Prozent der eher linksorientierten Befragten geben an, die Auswirkungen des Klimawandels im Alltag zu spüren. Das sind 27 Prozentpunkte mehr als bei den eher rechtsorientierten (56 Prozent).

66 Prozent glauben, dass sie sich mehr Sorgen um den Klimanotstand machen als ihre Regierung. Folglich sind sie sehr skeptisch, was die Chancen für eine ambitionierte grüne Wende in ihrem Land betrifft. Nur 33 Prozent der Befragten glauben, dass Österreich seine CO2-Emissionen bis 2050 drastisch und Paris-konform senken kann. Die große Mehrheit (67 Prozent) ist überzeugt, dass das Land seine Emissionsziele verfehlen wird. Dabei klaffen die Einschätzungen von Jung und Alt um 10 Prozentpunkte auseinander: Bei den unter 30-Jährigen glauben 38 Prozent, dass Österreich die grüne Wende schafft, bei den über 64-Jährigen nur 28 Prozent. 72 Prozent der über 64-Jährigen meinen, dass Österreich das Ziel für 2050 nicht erreichen wird. Unter den 15- bis 29-Jährigen teilen 62 Prozent diese Skepsis. Bei den Linksorientierten sind 71 Prozent pessimistisch – 11 Prozentpunkte mehr als bei den Rechtsorientierten (60 Prozent).

Entsprechend befürworten fast zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten strengere staatliche Maßnahmen (ähnlich denen in der Coronakrise), um die Menschen zu Verhaltensänderungen zu zwingen (7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr).

Allerdings sind 13 Prozent der österreichischen Bevölkerung der Ansicht, dass die Erderwärmung nicht auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Bei den eher Linksorientierten glauben nur 6 Prozent, dass die Erderwärmung nicht auf menschliches Handeln zurückgeht – das sind 14 Prozentpunkte weniger als bei den Rechtsorientierten (20 Prozent).

**Streitthema Energie**

Auf die Frage, welche Energiequellen das Land nutzen sollte, um die Erderwärmung zu stoppen, nennen die meisten Österreicherinnen und Österreicher erneuerbare Energien (65 Prozent, leicht über dem EU-Durchschnitt von 63 Prozent). Die eher linksorientierte Bevölkerung setzt stärker auf erneuerbare Energien als die rechtsorientierte (74 Prozent gegenüber 61 Prozent; ein Unterschied von 13 Prozentpunkten). Dabei zieht sich die Präferenz für erneuerbarer Energien durch alle Einkommensgruppen: 66 Prozent der Menschen mit geringeren Einkommen würden den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen, verglichen mit 70 Prozent der Befragten mit höheren Einkommen.

Hinter der Kernenergie stehen die Menschen in Österreich deutlich weniger als im EU-Durchschnitt (4 Prozent gegenüber 12 Prozent). Die über 64-Jährigen befürworten die Kernenergie zu einem geringeren Teil (1 Prozent) als die unter 30-Jährigen (7 Prozent). Auch zwischen den Geschlechtern zeigen sich deutliche Unterschiede: Männer sind mit 6 Prozent stärker für die Kernenergie als Frauen mit nur 2 Prozent. Ebenso sprechen sich Rechtsorientierte mit 8 Prozent viel stärker für den Ausbau der Kernenergie aus als Linksorientierte (4 Prozent).

Mehr als andere in Europa (23 Prozent ggü. 17 Prozent) finden die Österreicherinnen und Österreicher, dass ihr Land auf Energieeinsparungen setzen sollte. Diese Ansicht vertreten besonders die über 64-Jährigen mit 26 Prozent. Das sind 8 Prozentpunkte mehr als bei den unter 29-Jährigen, unter denen nur 18 Prozent Energieeinsparungen Priorität einräumen. Insgesamt setzen weit mehr Befragte auf Energieeinsparungen als auf eine stärkere Nutzung von Erdgas (5 Prozent).

**Bevorzugte Lösungen gegen den Klimawandel**

Die meisten Menschen in Österreich (66 Prozent, leicht unter dem EU-Durchschnitt von 69 Prozent) würden eine Steuer auf Produkte und Dienstleistungen begrüßen, die am stärksten zur Erderwärmung beitragen. Dies würden sogar 66 Prozent der Befragten mit geringeren Einkommen befürworten. Die Österreicherinnen und Österreicher sind auch für eine Garantie von mindestens fünf Jahren auf Elektro- oder Elektronikgeräte (88 Prozent) und dafür, Kurzstreckenflüge durch umweltfreundliche Schnellzugverbindungen zu ersetzen (83 Prozent). Außerdem befürworten sie „weichere“ Maßnahmen wie die Verbesserung der Bildung und eine stärkere Sensibilisierung der Jugend für einen nachhaltigen Konsum (91 Prozent).

EIB-VizepräsidentThomas Östros:„Trotz gewisser Unterschiede zwischen den Generationen und soziodemografischen Gruppen wünscht sich eine große Mehrheit der Menschen in Österreich strengere Maßnahmen und bessere Lösungen wie Ökostrom, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Dies bestärkt uns mit Blick auf die COP 26, noch mehr zu tun, um die grüne Wende zu beschleunigen. Als Klimabank der EU finanziert die EIB Projekte für saubere Energie, Energieeinsparungen, nachhaltige Mobilität und Innovationen, die dazu beitragen, den Temperaturanstieg auf höchstens 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.“

--

Excel-Rohdaten für alle 30 Länder [hier](https://www.eib.org/attachments/survey/eib-climate-survey-2021-2022-all-countries-results-pr1.xlsx) herunterladen. Weitere Informationen zu den wichtigsten Ergebnissen der vierten Klimaumfrage der EIB finden Sie [hier](https://www.eib.org/en/surveys/climate-survey/4th-climate-survey/skepticism-reduced-carbon-emission-targets) auf unserer Website.

**END**

**Medienkontakt –** RIEDEL Donata, [d.riedel@eib.org](mailto:d.riedel@eib.org)

**Die Umfrage der EIB zum Klimawandel**

Die Europäische Investitionsbank hat in ihrer vierten Klimaumfrage Menschen eingehend zum Klimawandel befragt. Gemeinsam mit dem Marktforschungsunternehmen BVA wollte sie herausfinden, welche Einstellungen und Erwartungen die Menschen in Bezug auf den Klimaschutz haben. Für die Umfrage wurde zwischen dem 26. August und dem 22. September 2021 in jedem der 30 teilnehmenden Länder eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt – insgesamt mehr als 30 000 Menschen.

**Die Europäische Investitionsbank**

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist die Einrichtung der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen. Ihre Anteilseigner sind die Mitgliedstaaten der EU. Sie vergibt langfristige Mittel für solide Projekte, die den Zielen der EU entsprechen, sowohl in Europa als auch weltweit. Die EIB ist in rund 160 Ländern tätig und einer der weltweit größten multilateralen Geldgeber für Klimaschutzprojekte. Vor Kurzem hat die EIB-Gruppe ihren Klimabank-Fahrplan verabschiedet, um ihre ehrgeizigen Ziele zu erreichen: In den nächsten zehn Jahren bis 2030 will sie eine Billion Euro für Klimaschutz und ökologisch nachhaltige Investitionen mobilisieren und bis 2025 mehr als 50 Prozent ihrer Finanzierungen für Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit bereitstellen. Gemäß diesem Fahrplan richtet die EIB-Gruppe außerdem seit Anfang 2021 alle neuen Finanzierungen an den Zielen und Grundsätzen des Pariser Abkommens aus.

**BVA**

BVA ist ein Meinungsforschungs- und Beratungsunternehmen, das als einer der innovativsten Marktforschungsanbieter in seinem Sektor gilt. Schwerpunkt seiner Arbeit ist das verhaltensbasierte Marketing. Durch die Kombination von Daten- und Sozialwissenschaften gelangt BVA zu aufschlussreichen und aussagekräftigen Untersuchungsergebnissen. Das Unternehmen ist Mitglied im Worldwide Independent Network of Market Research (WIN), einem globalen Netz weltweit führender Markt- und Meinungsforschungsunternehmen mit mehr als 40 Mitgliedern.